

Ein Konjunkturprogramm für Politikverdrossenheit

Als eine Steilvorlage für rechtsextreme Kräfte bezeichnete Fritz Beinersdorf, der Fraktionsvorsitzende der Remscheider LINKEN, die jüngste Entscheidung zur Erhöhung der Personalkostenzuschüsse im Düsseldorf Landtag.



Fritz Beinersdorf

89% mehr für Personal

Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP, B90/DIE GRÜNEN haben beschlossen, dass zukünftig jeder Landtagsabgeordnete statt bisher 4.417 Euro, zukünftig 8.348 Euro monatlich für Mitarbeiter und Sekretariatskräfte ausgeben darf. Die Mittel für die Fraktionen wurden zeitgleich mal eben um 23 % erhöht.

Remscheider Landtagsabgeordnete stimmen dafür

Jens Peter Nettekoven (CDU) und Sven Wolf (SPD) stimmten diesen Erhöhungen zu. Dies hat natürlich bei einigen Ratskollegen im Remscheider Stadtrat für großes Staunen

gesorgt, denn beide Landtagsabgeordnete hatten 2014 dafür gestimmt, dass die Pauschalen für die Stadtratsfraktionen und deren Mitarbeiter um 5% gesenkt wurden.

Widersprüchliches Handeln

Als nahezu schizophren bezeichnete Fritz Beinersdorf dieses Handeln. „In Remscheid sparen und in Düsseldorf mit beiden Händen in die Kasse greifen. Dafür fehlt mir jedes Verständnis. Nettekoven und Wolf sollen den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt ihr Tun erklären. Beide wissen doch, dass es in unserer Stadt an vielen Ecken an den notwendigen finanziellen Mitteln fehlt.“

Rechte feixen

Im Landtag hat die rechtsextreme AfD natürlich „ein Fass aufgemacht“. Es war schon eine Empörungssorgie der ganz besonderen Art und mancher Bürger fragte sich zu Recht, wie kann man diesen Typen so eine Steilvorlage bieten? Aber keine Bange, diese Empörung war nur gespielt. Intern war die Freude über diesen Geldsegen in Fraktion und Landesvorstand riesengroß und nun wird emsig beraten wie man damit die Strukturen in NRW stärken kann.

Obacht!

Nicht aufs Maul, nein auf die Finger sollt ihr ihnen schauen. Diese alte Weisheit ist eine Empfehlung an alle Bürgerinnen und Bürger. Stellt die Herren Nettekoven und Wolf zur Rede, fragt sie nach den Beweggründen für ihr Handeln. Aber auch an FDP und Grüne sollte man diese Fragen richten.

INHALT

Zur Neugestaltung des Friedrich-Ebert-Platzes

Seite 2

Kein Geld für für Lennep

Seite 3

Antrag abgelehnt: Messung der Schadstoffbelastung an stark befahrenen Straßen

Seite 3

LINKS wirkt! Auch im Rathaus

Seite 4

Viel Geld für einen DOC-Koordinator ohne DOC?

Seite 5

Da muss ich erst den Investor fragen

Seite 6

Schwimmen in Remscheid ist Luxus

Seite 7

100 Jahre Frauenwahlrecht

Seite 7

Büchertipps; Impressum

Seite 8

Zur Neugestaltung des Friedrich-Ebert-Platzes

Als wesentliches Element LINKER Kommunalpolitik gilt eine demokratische Stadtentwicklung zum Vorteil aller Bürger. Unter dieser Überschrift hat sich vor einigen Monaten der Arbeitskreis für Stadtentwicklung DIE LINKE. Remscheid zusammengefunden. Hier eine kurze Skizzierung unserer Einschätzungen und Forderungen:

Busbahnhof (Friedrich-Ebert-Platz)

Angesichts der klimapolitischen Ziele unserer Stadt und der damit wachsenden Bedeutung des „öffentlichen Personennahverkehrs“ (ÖPNV), ist aus unserer Sicht eine Verkleinerung des Friedrich-Ebert-Platzes kontraproduktiv. Vielmehr kommt es darauf an, diesen zentralen Ort so zu gestalten, dass er den steigenden Bedürfnissen des ÖPNV, der Fahrgäste und der Beschäftigten sowie den Zielen des Klimaschutzkonzeptes gerecht wird.

Für neue Formen des ÖPNV wie Gemeinschaftsautos (Car Sharing), Elektro-Mobilität und ähnlichem sowie für eine optische Aufwertung und ökologisch sinnvolle Begrünung wird ausreichend Platz benötigt. Die Preisträger des Wettbewerbs zur Umgestaltung des Busbahnhofs verkleinern hingegen diesen Spielraum und sorgen weder für ausreichenden Wetterschutz noch für eine Anbindung zwischen Busbahnhof und Elberfelder Straße geschweige denn für mehr Grün.



Der existierende Tunnel genügt nicht den Ansprüchen an Barrierefreiheit, ist ständig verschmutzt, übelriechend und zudem für viele Menschen auch beängstigend. Wir fordern deshalb einen zeitgemäßen, ebenerdigen Übergang mit Ampel, und zwar

etwa in Höhe des spanischen Restaurants und somit auch für die Schülerinnen und Schüler des Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasiums und Besucherinnen und Besucher von Kommunalem Bildungszentrum, Bibliothek und Musik- und Kunstschule günstiger gelegen.

Aufwertung der Alleestraße

Die Absicht eines Immobilienbesitzers, am Markt ein weiteres Einkaufszentrum zu errichten, kann erst nach Konkretisierung der aktuellen Planungen beurteilt werden. Dass neue Ideen zur Veränderung des zum Teil desolaten Zustands, besonders des unteren Teils der Alleestraße, von Nöten sind, versteht sich von selbst.

Die von einer Architektengruppe erarbeiteten Gestaltungshandreichungen für Einzelhandel und Gastronomie sowie für den öffentlichen Raum bringen sinnvolle Anregungen. Es ist allerdings zu befürchten, dass diese Empfehlungen ohne Verbindlichkeit nicht wirksam werden. Wir befürworten deshalb eine entsprechende Gestaltungssatzung. Während die in diesen Veröffentlichungen thematisierten

Misstände offensichtlich sind, gilt dies in unseren Augen nicht in Bezug auf die drei Pavillons, deren Abriss von verschiedenen Seiten gefordert wird. Wir lehnen es ab, die Pavillons, die ja auch einen gewissen Windschutz bieten, für viel Geld abreißen zu lassen.



© Stadt Remscheid

Demokratische Umsetzung

Die ersten Schritte in Richtung Innenstadtbelebung sind getan, jedoch kommt es nun darauf an, alle Aspekte zur Entwicklung des Friedrich-Ebert-Platzes, der Alleestraße, insbesondere die aktuelle Entwicklung der unteren Alleestraße, und die bereits von der Stadt formulierten Ziele (Klimaschutz etc.) gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammenzuführen und übergreifend zu koordinieren, um Insellösungen zu vermeiden. Es darf nicht wieder passieren, dass hier aufwändige Prozesse in die Wege geleitet werden, deren Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger nicht zufriedenstellend sind.



**Bus und Bahn
für alle**

ÖPNV muss bezahlbar sein: für die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben

Kein Geld für Lennep

Im September letzten Jahres haben wir beantragt, dass die Ergebnisse, Vorschläge und Ideen zur Entwicklung der Lennep Altstadt aus der „Zukunftswerkstatt“ im Zusammenhang mit einem möglichen DOC umgesetzt werden und zwar unabhängig davon, ob das DOC realisiert wird oder nicht. Dazu gehören auch die Ergebnisse früherer Werkstätten, die nicht über das Planungsstadium hinausgekommen sind - z.B. „Boulevard Kölner Straße, Lennep 2002“ - mit den Ergebnissen der Zukunftswerkstatt abzugleichen und in die Planungen einzubeziehen.



500.000,- Euro für den Übergang vom DOC zur Altstadt

Beantragt haben wir das Einwerben von Fördergeldern für diese Projekte. Vor dem Hintergrund, dass man sich sowohl des Alleinstellungsmerkmals, des touristischen Potenzials Lenneps, als auch der Probleme, die schon seit Jahrzehnten bestehen bewusst ist, darf die zukünftige Entwicklung Lenneps nicht allein von einer möglichen Ansiedlung eines DOC abhängig gemacht werden. Dieser Antrag wurde auch von den Parteien abgelehnt, die in der Vergangenheit erklärt haben, dass die Lennep Altstadt dringend neue Impulse benötigt! Übrigens, das einzige, was aus der „Zukunftswerkstatt“ umgesetzt wird, ist der neue Platz am Wassertor, für den die Stadt Remscheid bereits die stolze Summe von 500.000,- Euro im aktuellen Haushalt eingeplant hat.

Messung der Schadstoffbelastung Antrag abgelehnt

In Remscheid wird mittels eines einzigen - 2005 installierten - Passivsammlers an der Freiheitstraße die Schadstoffbelastung gemessen. Der durchschnittliche Tagesverkehr beträgt hier 17.400-21.500 Kfz pro 24 Stunden. Aufgrund dieser Messwerte musste 2013 eine Umweltzone eingerichtet werden. Doch nach wie vor wird der Jahresmittelwert für das giftige Stickstoffdioxid kontinuierlich überschritten.

Es gibt keine weiteren örtlichen Mess-Stationen, die Emissionsdaten liefern. Darüber hinaus gibt es weitere Straßen, die eine ähnlich hohe bzw. noch höhere Verkehrsdichte aufweisen bzw. zukünftig aufweisen werden.

Angesichts der Erkenntnisse aus dem Skandal der Dieselpartikelmanipulationen erachten wir es als notwendig, an den bereits hoch belasteten Straßen zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung und mit Blick auf eine Verschärfung der EU Grenzwerte in 2020 örtliche Emissionsdaten zu erfassen.

Keine Messungen = keine Schadstoffbelastung für die Bürger?

Aus diesem Grund hatten wir beantragt, dass zusätzliche Passivsammler zwecks Ermittlung der tatsächlichen Schadstoffbelastung an weiteren, bereits hoch belasteten Straßen installiert werden. Trotz der Verpflichtung, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Reduzierung der Luftschadstoffbelastung führen, wurde dieser Antrag abgelehnt. Entsprechend der gesetzlichen Grundlagen des Immissionschutzrechtes, ist in der Gesamtabwägung dem Schutz der menschlichen Gesundheit Vorrang vor der Freizügigkeit des Kfz-Verkehrs einzuräumen.

Für betroffene Bürgerinnen und Bürger entsteht bei gesundheitsrelevanten Grenzwertüberschreitungen ein gerichtlich durchsetzbarer Rechtsanspruch.

Nur wenn keine neuen Mess-Stationen an weiteren stark befahrenen Straßen installiert werden, wird es schwierig sein, überhaupt Grenzwertüberschreitungen nachweisen zu können.



LINKS wirkt! Auch im Rathaus

Es ist nicht einfach aus der Opposition heraus erfolgreich Politik zu gestalten - wir kämpfen darum! Für DIE LINKE stehen die sozialen Belange der Mehrheit der Bevölkerung im Mittelpunkt der politischen Tätigkeit. Die dafür notwendigen Mehrheiten im Rat zu erreichen erfordert Geduld und Ideenreichtum.

Betriebsprüfer:

Der Antrag der LINKEN, einen Betriebsprüfer im Bereich der Gewerbesteuer einzustellen, wurde erst durch Rat und Verwaltung abgelehnt, um später doch vorgenommen zu werden. Nach Aussage des Kämmerers in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschusses vom 16.11.2017 ist die bisherige Tätigkeit erfolgreich, die vorgesehenen Erträge sind erzielt worden.

Schulsozialarbeit:

Nicht zuletzt durch das beharrliche Auftreten von Brigitte Neff-Wetzel, sozial- und bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion ist eine parteiübergreifende Lösung des Problems möglich geworden, Schulsozialarbeit nach Bildungs- und Teilhabegesetz (BuT) ist in Remscheid weiter möglich.

Offener Ganzttag:

Der Qualitätsbericht des Offenen Ganztags im Schulausschuss vom 1. Februar 2017 zeigte klar die Schwächen und Probleme auf. Die Linke stellte daraufhin den Antrag, den offenen Ganzttag finanziell besser, an den Bedürfnissen der einzelnen Standorte orientiert auszustatten. Die beharrliche Intervention von Brigitte Neff-Wetzel und Fritz Beinersdorf führte schließlich dazu, dass der bestehende Qualitätszirkel zum Offenen Ganzttag Qualitätsstandards formulieren und diese mit der realen Situation an den Standorten abgleichen soll. Daraus müssten dann die nötigen Bedarfe formuliert werden. Dieser Bericht wird im Frühling vorliegen. Wir bleiben dran!

Sport:

In vielen Städten erhalten Kinder zur Einschulung einen Gutschein, der ihnen die kostenlose Mitgliedschaft in einem Sportverein ermöglicht.



© Thomas E. Wunsch

Diese gute Idee hat DIE LINKE erfolgreich in die politische Diskussion eingebracht.

Aufsuchende Verwaltung:

Die CDU hat wesentliche Inhalte eines Antrags unserer Fraktion übernommen und fordert wie wir für Menschen, die bewegungseingeschränkt sind eine aufsuchende Verwaltung. Auch hier ist eine interfraktionelle Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Fachausschüsse gebildet worden, die einen mehrheitsfähigen Beschluss erarbeiten wird.

Gesundheitskarte für Flüchtlinge:

Eine Initiative der LINKEN wurde mit Mehrheit im Rat beschlossen. Der Zwischenbericht zeigt auf, die Betreuung ist unbürokratischer geworden und hat zu Kosteneinsparungen geführt.

DIE LINKE für ein soziales Remscheid:

Es ist selbstverständlich, dass DIE LINKE bei der Einrichtung neuer Kindergärten, bei der Beseitigung von Missständen an Schulen, bei der besseren personellen Ausstattung im gesamten öffentlichen Bereich usw. mitstimmt.

Armut in Remscheid:

Armut ist ein Thema, mit dem sich weder die Verwaltung noch andere Parteien in Remscheid freiwillig auseinandersetzen wollen. So gab es den letzten ausführlichen Armutsbericht mit der Darstellung von Handlungsfeldern, die es abzuarbeiten galt, im Jahr 2005! Eine Fortschreibung, gar Evaluation - so wie damals beschlossen - erfolgte nicht.

Fortsetzung von Seite 4

Hat sich die Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger also verbessert, ist Kinderarmut überwunden? Wir befürchten, die Antwort ist nein; so haben wir immer wieder in Ausschüssen von der Verwaltung die Darstellung der prekären Lebenssituationen verlangt sowie endlich Vorschläge, wie diese überwunden

MUT
GEGEN
ARMUT

werden können; im Übrigen ganz im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Freien Wohlfahrtspflege in Remscheid, die ebenfalls von der Verwaltung einen solchen „Armutbericht“ mit Handlungsempfehlungen erwarten.

Bislang noch ohne Erfolg, aber wir bleiben dran!

Für Transparenz:

Ebenso ist es selbstverständlich für uns, dass wir uns für Transparenz in allen Belangen einsetzen. Deshalb sind kritische Fragen der LINKEN in allen Ausschüssen und den Sitzungen des Rates an der Tagesordnung. Dass diese Fragen der Verwaltung oft nicht gefallen, ist beabsichtigt.

Für demokratische Stadtentwicklung:

Stadtentwicklung darf nicht von der Gnade irgendwelcher „Investoren“ abhängig sein, sondern muss die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung im Fokus behalten. Die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Bettina Stamm, bringt die Vorschläge zur Innenstadtentwicklung, zur Entwicklung des Friedrich-Ebert-Platzes, zur Quartiersentwicklung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr ein. Besonders zum „Jahrhundertprojekt“ DOC sorgt sie durch kritische Nachfragen für Transparenz.

Viel Geld für einen DOC-Koordinator ohne DOC?

Obwohl noch gar nicht sicher ist, wie die Klageverfahren gegen das Designer-Outlet-Center ausgehen, hat der neue DOC-Koordinator seinen Dienst bereits begonnen. Kosten hierfür 419.000 Euro! Befristet ist der Vertrag bis zum 30. Juni 2020, denn ab dem 01. Juli 2020 geht der DOC-Koordinator in Pension. Der frühest mögliche Fertigstellungstermin des DOC wird von der Verwaltung mit Ende Dezember 2020 angegeben. Somit ist davon auszugehen, dass der neue Koordinator dieses Projekt entweder nicht wie geplant bis zur Fertigstellung begleiten wird, oder aber zusätzlich zu den 419.000 Euro Geld in die Hand genommen werden muss, um die Projektkoordination bis zum Abschluss sicherzustellen.



© R_K_B_by_Margot Kessler_pixelio.de

Und wann und ob überhaupt mit dem Bau begonnen wird, das ist bekanntlich von den Gerichten abhängig. Welche Dinge es während der Dauer

der Klageverfahren denn überhaupt zu koordinieren gibt, dies konnte die Verwaltung auf unsere Nachfrage auch nicht erklären.

Mitglied werden

Ergreif Partei für eine bessere Politik!

Da muss ich erst den Investor fragen



Die SPD-Ratsfraktion war aufgrund einer Presseveröffentlichung über eine Masterarbeit von Janet Drobek zum DOC der Meinung: „Bei einem so großen und wichtigen Projekt wie dem DOC in Lennep, ist es aber für die Akzeptanz enorm wichtig, dass Informationen bei möglichst vielen Bürgern im gesamten Stadtgebiet ankommen. So können sich Unsicherheiten und Sorgen der Bürgerinnen und Bürgern gar nicht erst aufbauen.“

SPD stellt Anfrage

Deshalb stellte sie am 16. November 2017 im Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss eine Anfrage an die Verwaltung, ob man darüber nachgedacht habe, an den zukünftigen Baustellen Stellwände zu installieren, die bildlich darstellen, wie es nach den Umbaumaßnahmen aussehen soll (Fenster in die Zukunft), um so eine bessere Vorstellung von dem Projekt in der Bevölkerung zu schaffen.

DOC- Koordinator antwortet

Für die Verwaltung antwortete der DOC- Koordinator Dietmar Klee, dass die Verwaltung großen Wert auf interne und externe Kommunikation lege. Man sei im Gespräch

mit dem Investor und werde die Anregungen der SPD-Fraktion mit in das Gespräch nehmen. Die Ergebnisse würden dem Ausschuss in einer Mitteilungsvorlage präsentiert.

DIE LINKE fragt nach

Auch Fritz Beinersdorf (DIE LINKE) hatte den Morgenpostartikel über die Masterarbeit von Janet Drobek aufmerksam gelesen und es war ihm nicht entgangen, dass Janet Drobek massive Informationsmängel zum DOC bei der Lennep Bevölkerung feststellen konnte. Deshalb fragte er nach, ob auch darüber nachgedacht worden sei, die Lennep Bevölkerung darüber zu informieren, wie viel Stickoxide, wie viel Feinstaub und wie viel Lärm zusätzlich auf sie zukommen würde.

Entlarvende Antwort des DOC-Koordinators

Der DOC- Koordinator entgegnete, „dass diese Frage noch nicht mit dem Investor abgestimmt sei; es müsse auch hausintern abgestimmt werden, inwieweit solche Informationen veröffentlicht werden.“

Fazit

DIE LINKE meint: „Der DOC- Wahn

mancher verantwortlicher Akteure in der Verwaltungsspitze und der DOC- Befürworter in der Politik treibt die tollsten Blüten. Wenn es um die Gesundheit der Bürger unserer Stadt geht, muss erst der Investor gefragt werden, ob darüber informiert werden darf, und dann müsste noch im Rathaus abgestimmt werden, inwieweit solche Informationen veröffentlicht werden. Das ist eine bodenlose Frechheit. Das Investorenwohl ist nach Meinung von Verwaltung und politischer Mehrheit also wichtiger als die Gesundheit der Bevölkerung.

Körperverletzung durch erhöhte Schadstoffwerte

Als Klaus Küster (ehemaliges Ratsmitglied DIE LINKE) im Zuge der Beratungen über den möglichen Bau eines DOC in Lennep im Zusammenhang mit den durch zusätzlichen Autoverkehr erhöhten Werten für Stickoxide, Feinstaub und Lärm von der Inkaufnahme der Körperverletzung an den Bürgerrinnen und Bürgern sprach, erntete er von den DOC- Befürwortern nur Häme. Die Äußerungen des DOC- Koordinators sind allerdings eine Bestätigung seiner Meinung.

Aussage ist protokolliert

Leider hat diese Aussage des DOC-Koordinators die Menschen in dieser Stadt kaum erreicht. Im Ratsinformationssystem der Stadt Remscheid kann das Protokoll der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschusses und auch die SPD-Anfrage jederzeit eingesehen werden.

PS. Gerne schicken wir es Ihnen auf Anforderung es Ihnen auch zu.

Schwimmen in Remscheid ist Luxus

Obwohl das H2O Sauna- und Bade-paradies eine der beliebtesten Freizeit- und Wellnessadressen im Bergischen Land ist, sind die Besucherzahlen rückläufig. Die Eintrittspreise hingegen sind kontinuierlich gestiegen. Vergünstigungen durch 11er Karten wurden durch sogenannte „Vorteilskarten“ ersetzt, wobei vor allem diejenigen in den Genuss dieser finanziellen Vorteile

gelangen, die über die entsprechenden finanziellen Möglichkeiten verfügen.

Freizeitvergnügen für Besserverdienende

Die Preispolitik des H2O-Bades ist als nicht familien- bzw. nicht schülerfreundlich zu bezeichnen. Einen Schülertarif gibt es erst gar nicht! Kinder unter 14 Jahren zahlen

mittlerweile 5 Euro für zwei Stunden Schwimmen, ab 14 Jahre kosten zwei Stunden Schwimmen 6,60 Euro. Am Wochenende sind es dann sogar 8,10 Euro! Eine vierköpfige Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren darf also am Wochenende für dieses zweistündige „Schwimmvergnügen“ sage und schreibe 26,20 Euro bezahlen! So verkommt das Schwimmen, welches früher eigentlich eine Grundlagensportart darstellte, mittlerweile zu einem Luxusgut für Besserverdienende! Wen wundert es da noch, dass immer weniger Kinder schwimmen können bzw. diese Fähigkeit erlernen, was ja häufig in den Schulen und Medien beklagt wird. Unerträglich, dass die Stadt Remscheid in ihrer Eigenschaft als mittelbar Beteiligte der H2O-GmbH nicht ihren Einfluss über den Aufsichtsrat des H2O bzw. entsprechende städtische Gremien oder Ausschüsse geltend macht, um eine sozialverträglichere Preispolitik im H2O-Bad, gerade für Schülerinnen, Schüler und Auszubildende zu forcieren.



Foto: by Daniela Klaghofer pixelio

100 Jahre Frauenwahlrecht

Erst seit etwa 100 Jahren - seit dem 12. November 1918 - haben Frauen in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht. Dieses Recht, das uns heute völlig selbstverständlich erscheint, musste einst gegen viele Vorurteile durchgesetzt werden. So wurde Frauen etwa verminderte Intelligenz unterstellt und auf Grund ihrer Gebärfähigkeit eine „natürliche“ Bestimmung für den privaten, scheinbar politikfernen Bereich zugeschrieben.

Bereits im 18. Jahrhundert begann der lange Kampf um die politische Partizipation von Frauen. Als eine Vorkämpferin gilt Olympe de Gouges, die 1791 - im Laufe der Französischen Revolution - die „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ veröffentlichte. In Großbritannien wurde die erste Petition für das

Frauenwahlrecht 1832 eingebracht. In Deutschland markierte die 1848er Revolution den Beginn einer sozialen und politischen Frauenbewegung. Herausragende Kämpferinnen für das Frauenwahlrecht waren zum Beispiel Louise Otto-Peters (1819-1895), Hedwig Dohm (1831-1919), Helene Lange (1848-1930) und nicht zuletzt die Sozialistin und prägende Initiatorin des Internationalen Frauentags Clara Zetkin (1857-1933).

Weitere Informationen im nachfolgenden Aufsatzband, der auch in der Stadtbibliothek Remscheid vorhanden ist:

100 Jahre Frauenwahlrecht.

Ziel erreicht!...und weiter?
Hrsg.: Isabel Rohner, Rebecca Beerheide. U. Helmer Verl. 2017. 18 EUR



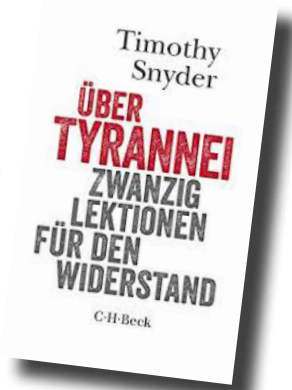
Büchertipps

Snyder, Timothy:

Über Tyrannei. Zwanzig Lektionen für den Widerstand.

Beck Verl. 2017. 10 EUR

Mit seinen Lektionen gibt der US-amerikanische Historiker seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, aber auch allen Menschen in Europa und anderswo auf der Welt, die von populistischen Politikern umgarnt werden, hilfreiche Vorschläge an die Hand, um sich nicht wehrlos dem Rechtsruck ergeben zu müssen.



Varoufakis, Yanis:

Die ganze Geschichte. Meine Auseinandersetzung mit Europas Establishment.

Kunstmann 2017. 30 EUR

Als griechischer Finanzminister löste Varoufakis eine der spektakulärsten Auseinandersetzungen der jüngsten politischen Geschichte aus, als er versuchte, die Beziehung seines Landes mit der EU neu zu verhandeln. In seinem Bericht schildert er spannend, ironisch-selbstironisch, detailliert und enorm informativ das Tauziehen

um die Zukunft dieses „griechischen Frühlings“. Seine Bestandsaufnahme der politischen Kultur im neoliberalen Europa ist Politthriller und -erschütterndes - Zeitdokument zugleich.



Knierim, Bernhard:

Ohne Auto leben. Handbuch für den Verkehrsalltag.

Promedia Verl. 2016. 14,90 EUR

Allgemein verständliche Einführung in die Umweltprobleme des Individualverkehrs einschließlich konkreter Anregungen für ein Leben ohne Auto.



Chomsky, Noam:

Requiem für den amerikanischen Traum.

A. Kunstmann Verl. 2017. 20 EUR

Der vielleicht einflussreichste Intellektuelle der Vereinigten Staaten befasst sich in seinem neuen Buch umfassend mit dem großen Thema unserer Zeit: der sozialen Ungleichheit. Anhand von zehn Prinzipien zur Konzentration von Reichtum und Macht erklärt Chomsky, wie der amerikanische Traum – dass jeder es mit harter Arbeit zu etwas bringen kann – in den letzten Jahrzehnten beerdigt und ein System nie da gewesener sozialer Ungleichheit errichtet wurde, von dem letztlich nur einige wenige profitieren.

Alle Bücher sind auch im Bestand der Stadtbibliothek Remscheid vorhanden.

Termine:

Jeden ersten Mittwoch im Monat Mitglieder-versammlung

19:30 Uhr

den Ort erfahren Sie in unserer Geschäftsstelle oder auf www.dielinke-remscheid.de

Jeden Montag um

19:00 Uhr treffen

wir uns zur Fraktions-sitzung im

Fraktionsbüro

Schützenstraße 62

42853 Remscheid

Jeden dritten Mittwoch

im Monat treffen wir

uns zum Stammtisch

um 19:00 Uhr

den Ort erfahren Sie in unserer Geschäftsstelle oder auf

www.dielinke-remscheid.de

Impressum:

DIE LINKE. Remscheid

Schützenstraße 62

42853 Remscheid

Tel.: 02191 951 36 82

Fax.: 02191 951 37 31

mail: info@dielinke-remscheid.de

www.dielinke.remscheid.de

www.facebook.com/DIELINKE.Remscheid

V.i.S.d.P Axel Behrend